

1 Antragsteller\*innen: Fritz Beinersdorf, Günter Blocks, Gunhild Böth, Carolin Butterwegge, Werner  
2 Eggert, Ralf Henrichs, Susanne Herhaus, Wolfgang Lindweiler, Torsten Weil, Martina Ruhardt,  
3 Angelika Link-Wilden,

4

5 Antrag: DIE LINKE NRW auf dem Weg zu den Kommunalwahlen 2020

6 **”Sozial – Auch vor Ort”**

7 2020 stehen in NRW die nächsten Kommunalwahlen an. Ziel unseres Landesverbandes muss sein,  
8 das Landesergebnis von 2014, das bei 4,7% lag, deutlich zu verbessern. Wir wollen in alle Kreistage  
9 und die Räte der kreisfreien Städte in Fraktionsstärke einziehen, als Verbündete aller Menschen,  
10 Vereine, Verbände und Initiativen, die sich der Gestaltung von sozialen und solidarischen Kommunen  
11 verschrieben haben.

12 Für den neuen Landesvorstand ist die inhaltliche Vorbereitung der Kommunalwahlen ein zentrales  
13 Handlungsfeld.

14 Da wir ein Landesverband sind, gilt es, vor Allem die Landespolitik in den Blick zu nehmen, diese zu  
15 beobachten, zu kritisieren, Alternativen zur Landespolitik der Landesregierung ebenso wie zur Politik  
16 der Landes-Oppositionsparteien zu entwickeln und damit das LINKE Profil zu schärfen, um die  
17 Kompetenzen der LINKEN.NRW in Landespolitik stärker als bisher aufzuzeigen.

18 Im 1. Halbjahr 2019 lädt der Landesvorstand nach den Europawahlen zu einer  
19 Kommunalwahlwerkstatt ein. Dort soll Raum sein für einen Erfahrungsaustausch, mit welchen  
20 Schwerpunktthemen bestehende Fraktionen erfolgreich Politik gemacht haben und welche Formen  
21 der außerparlamentarischen Arbeit sowie der Öffentlichkeitsarbeit besonders gut angenommen  
22 wurden. Zudem soll die Werkstatt Auftakt sein für die Erarbeitung eines  
23 Kommunalwahlrahmenprogramms. Für den Prozess der Erarbeitung unter breiter Beteiligung der  
24 Kreisverbände legt der Landesvorstand ein Eckpunktekonzept vor.

25 Der Landesvorstand sichert den Kreisverbänden auch die notwendige organisatorische Unterstützung  
26 bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen zu. Der Landesverband führt eine landesweite Kampagne  
27 zur Gewinnung von Kandidat\*innen und macht die Schulungs- und Seminarangebote für  
28 Kandidat\*innen bekannt, die das kommunalpolitische Forum und die Rosa-Luxemburg-Stiftung  
29 anbieten.

30 Die Kommunen gehören allen Menschen, die in ihnen leben: von der Wohnsitzlosen bis zum  
31 Multimillionär, vom Kleinkind bis zum Senior, vom Alteingesessenen bis zur neu Zugewanderten, –  
32 und zwar zu gleichen Teilen!

33 Dementsprechend ist für uns klar, dass wir für Teilhabe, Solidarität, Mobilität und soziale Gerechtigkeit  
34 für alle Menschen streiten.

35 Dies bedeutet für uns konkret, dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen in den Kommunen Zugang  
36 sowohl privater als auch öffentlicher Versorgung und sozialer Infrastruktur haben:

37 Von den bezahlbaren eigenen vier Wänden bis zum Nachbarschaftsbüro, in dem das soziale und  
38 kulturelle Leben stattfindet. Von einer sanktionsfreien Mindestsicherung bis zur armutsfreien Rente.  
39 Von der flexiblen Kita über die Ganztagschule bis zur kommunal unterstützten Ausbildung. Von  
40 Naherholung im Stadtteil zum gut ausgebauten Radweg. Vom staufreien Autoverkehr bis zum  
41 bezahlbaren und zuverlässigen ÖPNV.

42 Unabhängig von Religion, Herkunft, Alter oder Verdienst müssen alle Menschen dieselben  
43 Möglichkeiten zur sozio-kulturellen Teilhabe und Mobilität sowie zur Mitgestaltung der Kommunen in  
44 allen Lebensbereichen haben.

45 Gemeinsam wollen wir den scheinbaren Widerspruch auflösen zwischen Politik und Verwaltung auf  
46 der einen und den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite. Wir wollen "Kommune"  
47 weiterdenken und dem reinen Verwalten eine solidarische Gestaltung entgegensetzen. Wir wollen eine  
48 barrierefreie Stadt – egal ob die Barrieren kultureller, sozialer oder körperlicher Natur erscheinen.

49 Die Stärke der Kommunen in NRW soll in Zukunft die Vielfalt seiner Bürgerinnen und Bürger und ihre  
50 Teilhabe an allen Bereichen des Zusammenlebens sein.

51 Wichtige zu bearbeitende Themenfelder zur Vorbereitung auf die Programmdiskussion zur  
52 Kommunalwahl sind unter anderem:

### 53 **1. Bildung für Alle und das gebührenfrei vom Kindergarten bis zur Universität**

54

- 55 - Das Angebot an Kitaplätzen für Unter- und Über-Dreijährige ist entsprechend des Bedarfs  
56 deutlich auszuweiten, auch in kommunaler Trägerschaft. Die Kommunen sind hier gefordert,  
57 den Ausbau zu intensivieren und genügend gute Kitas vorzuhalten.
- 58 - Um der weiteren Spaltung der Lebensverhältnisse entgegenzuwirken, ist der Erhalt und  
59 Ausbau einer kostenlosen sozialen Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien  
60 besonders in benachteiligten Wohngebieten durch die kommunale Kinder- und Jugendhilfe  
61 notwendig.
- 62 - Schulentwicklungspläne müssen an die wachsende Bevölkerung vielerorts angepasst werden.
- 63 - Grundschulen müssen gleich als Ganztagschulen geplant werden, also genügend Raum für  
64 100% Ganztage, auch wenn erst einmal nur der offene Ganztage durchsetzbar ist.
- 65 - Schulsozialarbeit in allen Schulen und Schulformen – solange das Land das Geld dafür nicht  
66 zur Verfügung stellt, auch mit kommunalen Mitteln.
- 67 - „Eine Schule für Alle!“ – daher erstmal: Neugründungen von Gesamtschulen

68

### 69 **2. Bezahlbare und ausreichende Wohnungen für alle Menschen** 70 (wird nachgereicht mit Änderungsantrag)

71

### 72 **3. Einen gut ausgebauten fahrscheinfreien ÖPNV in ganz NRW und** 73 (wird nachgereicht mit Änderungsantrag)

74

### 75 **4. Die Integration der Menschen, die in unserer Kommune leben**

76

77 Allerdings tragen derzeit die Reichen in einer Kommune NICHT die „Kosten“ der Integration,  
78 sondern die Alt-Migrant\*innen bei Hilfen wie „Integrationsleistungen der Kommune“, bei  
79 Sprachkursen, die sie selbst bezahlen müssen, beim Kampf um einen KiTa- oder oGS-Platz  
80 usw., die Armen beim Kampf um freiwillige Sozialleistungen und bezahlbaren Wohnraum, die  
81 Arbeitslosen bei der Konkurrenz um die wenigen angebotenen Arbeitsplätze auf dem ersten  
82 und zweiten Arbeitsmarkt usw.usw. Wir wollen eine Kommune, in der ALLE gut und gerne  
83 leben können.

84

85

86

87

88

## **5. Eine demokratische Gemeinde**

89

- Wir stehen für eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den  
Angelegenheiten der Gemeinde, dazu gehören Möglichkeiten eines Bürgerhaushaltes  
ebenso wie Bürgerentscheide und Beteiligungsprozesse bei wichtigen Entscheidungen  
aber auch Information und Transparenz.

92

93

- Wir sind entschieden gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und weitere  
PPP-Projekte.

94

95

- DIE LINKE steht dafür, dass auch in den Gemeinden Maßnahmen gegen Rassismus  
gefördert werden. Eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen oder faschistischen  
Parteien wie AfD oder NPD kommt für uns nicht infrage.

96

97

98

- Kommunale Sicherheitspartnerschaften und mehr bürgernahe Polizei statt verschärften  
Polizeigesetz und mehr Überwachung.

99

100

101